P. b. b. / Erscheinungsort Wien / Verlagspostamt Wien 1150

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER DER GANZEN WELT, VEREINIGT EUCH!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (MLPÖ)

NUMMER 152 — 5. Ausgabe 1974 — EINZELPREIS S 5.-



EUROPA

„Europäische Sicherheit“

„Vereintes Europa“

Aktuelle Schlagworte im Lichte der marxistisch-leninistischen Analyse

In den leider nicht in deutscher Sprache vorliegenden Heften Nr. 1 und 2 (1972) der in Tirana herausgegebenen politisch-informativen Zeitschrift des Marxismus-Leninismus, "Albania today" - die seit 1973 als "Albanien heute" erfreulicherweise auch in Deutsch erscheint - finden sich zwei grundsätzliche Artikel des bekannten albanischen Publizisten Shaban Murati zu den Themen "Europäische Sicherheit" und "Vereinigtes Europa", die auch im deutschen Sprachraum bekannt zu machen uns schon lange notwendig schien.

Diese Aufgabe wurde umso interessanter, als sich inzwischen einerseits die Bestrebungen nach dem Zusammenschluß europäischer Länder zu einer dritten Supermacht verstärkt haben und andererseits das Drängen der Kreml-Führer, die inzwischen in Genf begonnene, aber durch zahllose Widersprüche und Gegensätze gelähmte "Sicherheitskonferenz" flott zu bekommen, immer massiver wird, während es selbst politisch nicht unerfahrenen Menschen oft schwer fällt, diese Bestrebungen und dieses Tauziehen richtig einzuschätzen.

Die beiden Analysen des albanischen Marxisten-Leninisten Shaban Murati, die somit weiter an Aktualität gewonnen haben, geben in diesen und vielen anderen mit ihnen zusammenhängenden Fragen eine klare Orientierung und stellen daher eine wertvolle Hilfe dar.

Die Übersetzung, die ergänzenden Anmerkungen und alle Hervorhebungen fallen in die Verantwortlichkeit der Redaktion der "Roten Fahne".



"Die größte konterrevolutionäre Kraft, die dem Kampf der Völker um Freiheit und Sozialismus entgegensteht, ist die sowjetisch-amerikanische Allianz. Auf allen Gebieten - dem wirtschaftlichen, politischen und militärischen - nähern sich der imperialistische Kurs der USA und jener der Sowjetunion immer mehr. Um ihre hegemonistischen und Herrschaftsziele zu erreichen, brauchen die beiden Supermächte einander, darum haben sie auch ihre Uhren auf den gleichen Gang gebracht, darum koordinieren sie ununterbrochen ihre Pläne und ihre konkreten Handlungen.

Ihr strategisches Ziel ist es, den Sozialismus zu vernichten, die Revolution zu ersticken, ihre Herrschaft über die ganze Welt zu errichten. Die Spitze dieser Allianz ist gegen die Volksrepublik China gerichtet, die das Haupthindernis bei der Verwirklichung ihrer konterrevolutionären Pläne ist. Obzwar es sich absolut nur um einen Wunschtraum handelt, lassen die USA und die Sowjetunion nichts unversucht, um China einzukesseln und zu isolieren und danach zur Abwürgung der Revolution und zur Zerstörung der Volksrepublik China überzugehen. Dieser gemeinsamen konterrevolutionären Strategie wurden alle anderen Hauptaktivitäten auf dem Gebiete der internationalen Beziehungen, sei es in Europa oder in Asien, sei es in Afrika oder in Ozeanien, untergeordnet ...

Natürlich wäre es unrealistisch und unsinnig, wenn man in der sowjetisch-amerikanischen Allianz nur die Annäherung und die Zusammenarbeit zwischen den beiden Supermächten, nur ihre gemeinsamen Interessen und Handlungen sehen würde. Als imperialistische Mächte haben die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion selbstverständlich auch Rivalitäten, Konflikte und tiefe Widersprüche untereinander, die sie daran hindern, immer und überall in voller Eintracht und Einheit zu handeln. Die Existenz und die Verschärfung dieser Widersprüche liegen im Wesen dieser Allianz selbst, liegen im kapitalistischen Gesellschaftssystem der beiden Länder, in ihren imperialistischen Zielsetzungen. Beide Teile beabsichtigen mit ihren Kriegsvorbereitungen unter anderem auch, sich gegenseitig aufzufressen."

ENVER HODSCHA

(Bericht auf dem 6. Parteitag der PdA Albaniens)

Die „Europäische Sicherheit" und die Interessen der Revisionisten und Imperialisten

"Wir denken, daß die Völker Europas ihre Sicherheit erreichen können und erreichen werden nur durch die Festigung ihrer nationalen Unabhängigkeit und Souveränität, nur im nachdrücklichen Kampf gegen die hegemonistische Politik der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion, nur im Kampf gegen deren Bemühungen, die Militärstützpunkte und die Einflußbereiche in Europa zu behalten."

(Enver Hodscha, Bericht auf dem 6. Parteitag)

Der Vorschlag einer "Europäischen Sicherheit" kam zuerst von der Sowjetunion und ihren osteuropäischen Satelliten. Aber das schließt in keiner Weise die amerikanische Mitarbeit aus, auch wenn es Washington aus taktischen Gründen vorzog, sich zurückzuhalten.

Die sowjetisch-amerikanische Allianz entstand und entwickelte sich auf der Basis der gemeinsamen Ziele des US-Imperialismus und des Sowjet-Revisionismus zur gemeinsamen Beherrschung der Welt. Diese Ziele schließen auch Europa nicht aus, wo die Einflußzonen der beiden imperialistischen Mächte fester bestimmt sind. Sie wollen diesem Status quo eine legale Form geben, die den europäischen Ländern für alle Zeiten auferlegt bleiben soll. Das ist das Ziel der sogenannten "Europäischen Sicherheit".

"'Europäische Sicherheit', wie sie von den Sowjet-Revisionisten begehrt und von den US-Imperialisten unterstützt wird", - so sagte Genosse Enver Hodscha - "das heißt Sicherheit ihrer Einflußzonen in Europa, Sicherheit ihrer hiesigen Militärbasen und des Rechts ihrer Flotten, die europäischen Küsten zu kontrollieren; das heißt, daß die europäischen Völker Moskau und Washington zugestehen sollen, die besonderen Privilegien imperialistischen und kolonialistischen Charakters, die sie in verschiedenen Ländern Europas haben, als legales und offizielles Recht zu behalten."

Europa als Kontinent und alle zu ihm gehörenden Länder brauchen wirklichen Frieden und echte Sicherheit als untrennbare Attribute der Existenz und normalen Entwicklung von Nationen. Und man kann sich kaum vorstellen, daß es unter ihnen Kräfte gebe, die gegen eine europäische Sicherheit wären. Die Frage ist aber, ob derzeit überhaupt die notwendigen Voraussetzungen bestehen, um eine europäische Sicherheit zu verwirklichen, die tatsächlich den Wünschen und Interessen der europäischen Völker entspricht.

Die USA und die Sowjetunion haben auf unserem Kontinent eine erstickende militärische Struktur aufgebaut, haben ein weites Netz von großen und kleinen Militärbasen errichtet, haben dutzende amerikanischer und sowjetischer Divisionen in einer ganzen Anzahl europäischer Länder stationiert - in Stärke von fast einer Million Mann.

Die USA und die Sowjetunion erweitern und stärken ständig das aggressive militärische Potential der Blöcke, in denen sie dominieren, und sie führen ununterbrochen kriegerische Manöver durch. Im Süden stehen die europäischen Küsten unter der ständigen Bedrohung durch die amerikanischen und sowjetischen Kriegsflotten.

Die US-Imperialisten und die Sowjet-Revisionisten haben in den Ländern, die sie zu ihrer Einflußsphäre rechnen, kolossale Investitionen getätigt, sie haben im Westen wie im Osten Schlüsselstellungen und Kommandopositionen der europäischen Wirtschaft besetzt. Sie betreiben eine Politik der totalen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der europäischen Länder, die Amerikaner unter dem Deckmantel der "Atlantischen Gemeinschaft", die Sowjets unter dem Deckmantel des "Warschauer Pakts".

Unter diesen Bedingungen kann von einer europäischen Sicherheit überhaupt keine Rede sein! Es ist eine Ironie, daß ausgerechnet die beiden Supermächte, die den Frieden und die Sicherheit in Europa und in der Welt ständig bedrohen und verletzen, und die unersättliche expansionistische Gelüste in bezug auf Europa und die ganze Welt haben, daß ausgerechnet sie sich als Garanten der europäischen Sicherheit aufspielen!

Europa kann solange keine wirkliche Sicherheit haben, solange es die unerträgliche militärische, ökonomische, politische und finanzielle Präsenz der USA und der Sowjetunion auf dem Nacken hat. Erst das Abwerfen dieser Last wäre die Eröffnung des Wegs zu wirklicher europäischer Sicherheit.

Das ist der eine Aspekt der Frage. Der andere ist die Tatsache, daß die USA und die Sowjetunion, die beiden größten Gefahrenquellen für die europäischen Völker, die Aufmerksamkeit und Wachsamkeit dieser Völker von sich ablenken wollen.

Die Europäische Sicherheit setzt eine Form der Zusammenarbeit der verschiedenen Staaten gegen eine als gemeinsam angesehene Gefahr voraus. Gegen wen müssen sie sich aber sichern und von wo droht die Gefahr für die europäischen Völker? Weder die Moskauer noch die Washingtoner Propagandisten beantworten diese Frage. Sie sprechen nur

allgemein von der Notwendigkeit und Unerläßlichkeit der "Europäischen Sicherheit", aber ohne mit konkreten Argumenten darzutun, welche Ursachen und Faktoren diese Sicherung erfordern. Die Sowjet-Revisionisten ziehen eine fadenscheinige Parallele, indem sie sagen, daß die Völker heute ebenso wie am Vorabend des 2. Weltkriegs nach "Europäischer Sicherheit" streben müssen. Tatsächlich schlug am Vorabend des 2. Weltkriegs die Sowjetunion unter der Führung Stalins und der Partei der Bolschewiki eine Zusammenarbeit der europäischen Länder zur Beschließung kollektiver Maßnahmen gegen die aggressiven Pläne Nazi-Deutschlands vor. Die Gefahr war real und klar erkennbar, die Richtung dieser Maßnahmen eindeutig bestimmt. Nun, wer also ist heute der Aggressor? Darüber schweigen die Amerikaner und die Sowjets, denn wenn sie reden wollten, müßten sie auf sich selber zeigen! Die Parallele stimmt also nur zur Hälfte. Ihr Schweigen ist begreiflich, denn die reale und große Gefahr, die es heute gibt, kommt von der imperialistischen sowjetisch-amerikanischen Allianz - und die sogenannte "Europäische Sicherheit" geht gerade mit der Linie und den Weltherrschaftszielen dieser Allianz konform.

Eng verbunden mit den sowjetischen und amerikanischen Projekten der "Europäischen Sicherheit" muß man die Rolle und den Platz der Deutschen Bundesrepublik in diesem Rahmen sehen. Die Lehren der jüngsten Vergangenheit Europas unterstreichen die Wichtigkeit dieses Problems und seine enge Verbindung mit der Sicherheit und dem Frieden dieses Kontinents. Sie legen den Akzent auf eine andauernde Wachsamkeit, um die Wiederentstehung der Faktoren und Bedingungen, die zum Ausbruch zweier Weltkriege gerade auf dem europäischen Kontinent führten, zu verhindern. Leider bringt uns eine aufmerksame Prüfung des Standes der Dinge in dieser Hinsicht zu der Überzeugung, daß sich vieles wiederholt.

Die besiegten Ungeister regen sich wieder. Der deutsche Revanchismus fühlt sich frei von den Ketten, in denen er wegen seiner Verbrechen gegen die Menschheit liegen sollte. Die Deutsche Bundesrepublik wurde mit Hilfe des US-Imperialismus zur ökonomischen und militärischen Hauptmacht in Westeuropa. Mit Unterstützung des Kreml ist sie nun dabei, auch eine politische Großmacht in diesem Raum zu werden. Mit dem üblen Vertrag Bonn-Moskau vom 12. August 1970 geht das besiegte Deutschland in die Geschichte ein, ohne einen Friedensvertrag unterzeichnet zu haben. Das ist ein großes Verbrechen der Sowjet-Revisionisten gegen die Völker Europas und der Welt, die unter dem Nazismus schwer gelitten haben.

Das Volk und die Regierung Albaniens haben diesen Vertrag mit Recht von Anfang an als eine anti-europäische Machination voller Gefahren entlarvt, und die folgenden Ereignisse haben die Richtigkeit dieser Warnung bestätigt. Aber die Ambitionen Bonns sind damit nicht erschöpft, sie schließen das ganze Westeuropa ein, während die sowjetischen Sozialimperialisten aus vielerlei Gründen bereit sind, diese Ambitionen zu decken. Das revisionistisch-imperialistische Projekt der "Europäischen Sicherheit" berücksichtigt den Appetit der imperialistischen Bourgeoisie Westdeutschlands, und deshalb stimmt Bonn ihm zu. Im Kommunique, das nach Brandts Gesprächen mit Breshnew auf der Krim veröffentlicht wurde, heißt es:

> "Die Sowjetunion und die Deutsche Bundesrepublik werden sich gegenseitig konsultieren, um die Einberufung einer Europäischen Sicherheits-Konferenz zu beschleunigen."

Die Geheimgespräche in Oreanda im September 1971 verstärkten berechtigterweise die Unruhe in Europa, wo sich die Erkenntnis verbreitete, daß das sowjetisch-westdeutsche Abkommen nicht bloß ein Abgehen von der bisherigen Einschätzung des revanchistischen Deutschlands ist, sondern ein Handel zwischen zwei aggressiven imperialistischen Mächten, die einander gegenseitig benötigen und die die "Lösung" der europäischen Angelegenheiten unter Ausschluß anderer Länder ins Auge fassen.

Moskau und Washington betrachten die BRD als wichtige Stütze des revisionistisch-imperialistischen konterrevolutionären Status quo auf unserem Kontinent. Daher wurde Bonn schon viel gegeben und wurde ihm für die Zukunft noch mehr versprochen. Anders kann man sich den großen Optimismus Willy Brandts nicht erklären, der sagte:

> "Eine friedliche Ordnung in Europa wird eines Tages die Bedingungen schaffen, unter denen beide Teile Deutschlands zusammengehen können."

Die Integration des Elements der Deutschen Bundesrepublik in die sowjetisch-amerikanischen Pläne der "Europäischen Sicherheit" verdoppelt die Gefahr für die europäischen Völker und macht ihnen eines der vielen Übel, welche die sogenannte "Europäische Sicherheit" in sich birgt, noch deutlicher.

Neben der politischen Propaganda ihrer Pläne haben die revisionistischen und imperialistischen Autoren zeitweise auch Andeutungen über die konkrete Realisierung des "kollektiven Sicherheits-Systems" gemäß ihren Modellen gemacht. Ein erster Schritt wäre ihrer Meinung nach eine allgemeine "Europäische Sicherheitskonferenz", an der alle europäischen Staaten gemeinsam mit den USA und der Sowjetunion teilnehmen sollten, und welche die Hauptprinzipien zur Regelung der Beziehungen zwischen den Nationen usw. formulieren und annehmen sollte. Sie stellen eine solche Konferenz geradezu als Ankunft im "Gelobten Land" dar. Nach den Worten des sowjetischen Außenministers Gromyko auf der 26. Tagung der UNO werde sie "viel im Interesse der Konsolidierung des Friedens in Europa bewirken". Sicherlich, Prinzipien sind etwas Gutes, aber sie bleiben leere Worte, wenn sie nicht in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Und die Prinzipien, die von den USA und der Sowjetunion für die Europäische Sicherheitskonferenz vorgeschlagen werden, bringen überhaupt nichts Neues. Sie sind schon im Statut der UNO enthalten, haben aber trotzdem weder die US-Imperialisten von ihrer Aggression gegen Vietnam, Laos und Kambodscha abgehalten, noch die sowjetischen Sozialimperialisten von ihrer Aggression gegen die Tschechoslowakei.

Die teilnehmenden Länder würden sich bloß versammeln, um die Entscheidungen anzunehmen,

die ihnen von Moskau und Washington auferlegt werden, während diese offiziell das Recht bekämen, auf unserem Kontinent im Namen der "Europäischen Sicherheit" das Gesetz zu machen.

Selbstverständlich würden die Positionen der Stärke ein Treffen dieser Art beherrschen. Die beiden Supermächte würden zu selbsternannten Garanten der "Europäischen Sicherheit", deren Grenzen natürlich von ihnen allein bestimmt würden. Vom sowjetischen Sozialimperialismus und vom US-Imperialismus beherrscht, hätte diese Konferenz nicht die Funktion eines Forums, auf dem die wirklichen Wünsche der europäischen Völker und Staaten frei und auf der Basis der vollen Gleichheit ausgedrückt werden können. Die Methode dieser Konferenz wären vielmehr Verhandlungen von Block zu Block, bei denen durch den Willen der beiden Bosse "Übereinstimmung" erzielt wird, und in denen die Stimmen der Andersdenkenden, besonders aus dem westlichen Lager - denn im Osten ist die Schraube schärfer angezogen - , in der Minderheit bleiben würden. Das erste Resultat einer solchen Konferenz wäre nicht etwa eine Sanktionierung der nationalen Grenzen jedes souveränen Staates und seiner Unabhängigkeit, sondern die Sanktionierung der Trennungslinie zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Einflußsphäre, die durch die Länder verläuft, die den jeweiligen Blökken angehören - NATO und Warschauer Pakt.

Moskau und Washington wollen mit der "Europäischen Sicherheitskonferenz" aber noch weiter gehen. Sie wollen ihr die Form und die Möglichkeiten eines allmächtigen Organs geben, das sein Diktat über alle europäischen Staaten erstrecken kann. Mit einem Wort, es geht um die Schaffung einer Polizeigewalt, welche die amerikanisch-sowjetische Herrschaft auf dem Kontinent sichern soll. Im Juni 1970 fügten die Sowjetunion und ihre Satelliten in Budapest dem Vorschlag einer "Europäischen Sicherheitskonferenz" noch den Punkt hinzu:

> "Schaffung eines Organs für die Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, durch diese Konferenz."

Nach den sowjetischen Vorstellungen hätte dieses Organ die Funktion einer Sicherung des Kontinents vor den "Brutstätten des Ausbruchs eines Krieges". Natürlich wären solche "Brutstätten" nach revisionistischer und imperialistischer Ansicht die revolutionären Kämpfe der europäischen Völker für die Sicherung ihrer nationalen Unabhängigkeit und Souveränität und zur Beseitigung der imperialistischen sowjetischen oder amerikanischen Hegemonie. Die Logik der Dinge in diesen revisionistischen und imperialistischen Projekten ist klar ersichtlich.

Die "Europäische Sicherheitskonferenz" würde zugunsten der sowjetisch-amerikanischen Allianz solche Normen des internationalen Rechts proklamieren, die nach den Aussagen der sowjetischen Autoren selbst, für die europäischen Völker Zwangscharakter hätten, während das zu schaffende Exekutivorgan die Aufgabe hätte, diese imperialistisch-revisionistischen Normen praktisch durchzusetzen.

Haben Sie Ihr Abonnement der RF schon verlängert?

Die Washingtoner Propagandisten unterstützen das sowjetische Schema. In der Zeitschrift "New Republic" drückt einer der bekannten Ideologen des US-Imperialismus nicht nur seine Billigung einer solchen Europäischen Sicherheitskonferenz aus, sondern unterstützt gleicherweise auch die Idee der sowjetischen Revisionisten über die Schaffung eines Organs, das "die Sicherheit und die friedliche Zusammenarbeit in Europa sichert". Die Gemeinschaft der Ideen beruht auf der Gemeinsamkeit der Interessen. Die "Europäische Sicherheitskonferenz" wird damit, schon bevor sie in Szene geht, als Polizei-Instrument in den Händen der hegemonistischen Politik der sowjetisch-amerikanischen Allianz gezeigt.

Die "Europäische Sicherheit" ist eine Form der Allianz, welche die Zusammenarbeit und den Zusammenhang zwischen den beiden aggressivsten imperialistischen Mächten der Welt beinhaltet. Als solche trägt sie auch die Klassennatur ihrer Schöpfer. Es ist eine Allianz der imperialistisch-revisionistischen Reaktion gegen die Völker Europas.

Eine "Europäische Sicherheit" dieser Art ist die Sicherheit der kapitalistisch-revisionistischen Ordnung in Europa, die Union der imperialistischen und revisionistischen konterrevolutionären Kräfte unter Leitung von Washington und Moskau, um die revolutionären Bewegungen des europäischen Proletariats gegen die fremde imperialistische Beherrschung und gegen die einheimische kapitalistische und revisionistische Ausbeutung zu unterdrücken.

Die revisionistische und imperialistische Propaganda strebt sehr danach, in Europa den falschen Eindruck zu erwecken, daß "auf dem Gebiet der Sicherheit keiner verliert und keiner gewinnt". Die Wahrheit ist jedoch ganz anders. Bei der revisionistisch-imperialistischen "Europäischen Sicherheit" wären die Völker die Verlierer, die gezwungen wären, ihr Schicksal in die Hände der imperialistischen Wölfe zu legen und die einer noch schlimmeren Ausbeutung unterworfen wären. Es muß hier betont werden, daß auch die Bourgeoisie der verschiedenen kapitalistischen und revisionistischen Länder Europas insoferne der Verlierer wäre, als sie gezwungen wäre, die Hegemonie des US-Imperialismus oder des Sozialimperialismus anzuerkennen.

Es gibt europäische Länder, die sich von der "Europäischen Sicherheitskonferenz" eine größere Freiheit des Handelns und Manövrierens und eine Verminderung ihrer Abhängigkeit von den USA oder der Sowjetunion erhoffen. Das ist eine Illusion, denn der sowjetische Sozialimperialismus und der US-Imperialismus haben diesen Plan nicht entworfen, um ihre allseitige Beherrschung Europas zu schwächen, sondern um sie noch mehr zu verstärken.

Natürlich wird das Projekt "Europäische Sicherheit" nicht ohne Konflikte und Widersprüche zwischen den beiden Supermächten, sowie auch zwischen diesen und den Mitgliedern ihrer Blöcke über die Bühne gehen. Das ist ein natürliches Resultat der Entwicklung und Bewegung des Kräfteverhältnisses in der kapitalistisch-revisionistischen Welt, des Zusammenpralls entgegengesetzter Interessen und des wachsenden Appetits jeder Seite, soviel wie möglich auf Kosten der anderen zu profitieren. Seit die Sowjetunion zum erstenmal öffentlich nach einer "Europäischen Sicher-

heitskonferenz" rief, haben die USA und die NATO zahlreiche Bedingungen gestellt, worauf die Sowjetunion eine Menge von Konzessionen machte. Nun zeigt, was den Termin der Konferenz betrifft, auch Washington Interesse, das den politischen Hauptgewinn zu erzielen hofft. Die sowjetischen Revisionisten und die USA-Imperialisten sind jetzt übereingekommen, noch vor der "Europäischen Sicherheits-Konferenz" zusammenzutreffen.

Während sie in den europäischen Hinterländern Ordnung zu schaffen und ihnen ihr Gesetz aufzuzwingen bestrebt ist, beeilt sich die sowjetisch-amerikanische Allianz, sich zugleich mit verstärkten Kräften an andere Fronten zu werfen, in Asien und anderswo, um ihre globale Politik der Weltbeherrschung und der Bekämpfung der Revolution weiterzutreiben.

Von welcher Seite her man es auch betrachten mag, die revisionistisch-imperialistische "Europäische Sicherheit" stellt ein gefährliches Komplott, eine Falle für die europäischen Völker dar, ausgeheckt von den USA und der UdSSR. Sie bedeutet eine trügerische Sicherheit, oder besser gesagt, eine tatsächliche Versklavung. Daher genügt es nicht, diesen Plan bloß abzulehnen, sondern ist der aktive Kampf gegen ihn eine wichtige Verpflichtung für alle europäischen Völker, diktiert von der Notwendigkeit der Verteidigung ihrer Freiheit und nationalen Unabhängigkeit.

„Europäische Sicherheit", Marke LOCARNO

Da die Verträge von Locarno bzw. der durch sie geschaffene "Sicherheits-Pakt" ein klassisches Beispiel dafür ist, wie unter Gerede von "Frieden" und "Sicherheit" unmittelbare Kriegsvorbereitung betrieben werden kann, nachstehend einige kurze Informationen über Locarno (Anmerkung der RF-Redaktion zur Fußnote auf Seite 7):

Im Jahre 1924 entwickelten die britischen Imperialisten das Projekt eines westeuropäischen "Sicherheitspaktes", der die Aufgabe haben sollte, einen gegen die junge sozialistische Sowjetunion gerichteten aggressiven Block zu bilden, in dem England die Führung haben und Deutschland das Schwert sein sollte. Die britischen Imperialisten traten damit aber nicht selbst vor die Öffentlichkeit, sondern sprachen sich zuerst in geheimen Verhandlungen mit den deutschen Imperialisten ab und ließen danach den damaligen deutschen Außenminister Stresemann als offiziellen Initiator auftreten. Nachdem über den britischen Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, grünes Licht gegeben war, überreichte Stresemann im Jänner 1925 der britischen Regierung offiziell einen entsprechenden Vertragsentwurf. Im Februar 1925 forderte Stresemann auch die französische Regierung offiziell auf, sich zu beteiligen.

Im Entwurf übernahm Deutschland die feierliche Verpflichtung, den Status quo an seiner westlichen Grenze zu wahren und anerkannte ausdrücklich die Bestimmungen des Versailler Vertrags von 1919 über die Entmilitarisierung der Rhein-Zone. Gleichzeitig versprach Deutschland, in bezug auf seine östlichen Grenzen keine derartigen Verpflichtungen einzugehen. Damit war festgelegt, in welcher Richtung eine deutsche Expansion erfolgen durfte und sollte.

Da Frankreich dem deutschen Militarismus gegenüber berechtigtes Mißtrauen hatte, machte es erst Bedenken geltend. Es verlangte die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, in der Hoffnung, damit Deutschland ein Ausbrechen aus der ihm zugedachten Rolle erschweren zu können. England war damit einverstanden. Die USA stimmten dem Projekt von vornherein zu.

So kam es im Oktober 1925 in Locarno (Schweiz) zu den Beratungen über die Einzelheiten des "Sicherheitspaktes". Die teilnehmenden Mächte waren Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Polen und die Tschechoslowakei; die USA blieben im Hintergrund.

Bei den Verhandlungen tauchten jedoch sogleich Schwierigkeiten auf. Auf Seiten der Polen und der Tschechen wurden sie durch einige papierene "Garantien" behoben. Aber auch Deutschland machte plötzlich Vorbehalte. Um von den Westmächten noch größere Konzessionen herauszuschlagen, verwies es darauf, daß ihm sein unbewaffneter Zustand verbiete, sich an eventuellen Sanktionen des Völkerbundes zu beteiligen und ließ sogar die Möglichkeit durchblicken, zu einer Wiederbelebung des Rapallo-Vertrags von 1922 mit Sowjetrußland gezwungen sein zu können, wenn seine Aufrüstung weiter behindert werde. Die Westmächte sagten daraufhin zu, eine Reihe von Bestimmungen aufzuheben, die bis dahin dazu gedient hatten, die deutsche Wiederaufrüstung in Grenzen und unter Kontrolle zu halten.

Am 1. Dezember 1925 wurden die Locarno-Verträge dann in London unterzeichnet; im Jahr darauf trat Deutschland dem Völkerbund bei und erhielt dort einen ständigen Ratssitz. Zugleich wurde die alliierte Militärkontrolle über Deutschland aufgehoben.

Der Abschluß der Locarno-Verträge und des auf ihnen beruhenden "Sicherheits-Systems" war von einer aufwendigen pazifistischen Kampagne begleitet. Insbesondere die Führer der Sozialdemokratie sprachen überschwenglich vom Beginn einer neuen Ära des Friedens in Europa und in der ganzen Welt.

Tatsächlich aber war das "Sicherheits-System" von Locarno kein "Triumph des Friedens", sondern einer der ersten großen Schritte auf dem Weg der Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs. Die Verträge von Locarno öffneten dem Wiedererstehen des deutschen Militarismus Tür und Tor in der Hoffnung, ihn ausschließlich nach Osten lenken zu können. Mit seinem wirtschaftlichen und militärischen Wiedererstarken wurde der deutsche Imperialismus jedoch zwangsläufig auch eine zunehmende Gefahr für jene, die ihn wieder aufgepäppelt hatten. Die spätere Entwicklung hat das bekanntlich sehr drastisch gezeigt.

Das 'Vereinigte Europa' – eine konterrevolutionäre Ausgeburt des Kapitals

In politischen Kreisen unseres Kontinents hört man immer öfter das Schlagwort vom "Vereinigten Europa". Die Diskussion hat die theoretische Ebene verlassen und geht in Richtung auf konkrete Schritte zu einer supra-nationalen europäischen Vereinigung.

Das "Vereinigte Europa" ist eines der komplexesten Probleme der gegenwärtigen internationalen Politik. "Das 'Vereinigte Europa'", sagte Enver Hodscha auf dem 6. Parteitag, "welches das westeuropäische Kapital ausgeklügelt hat, soll eine neue imperialistische Supermacht werden, mit den gleichen hegemonistischen und unterdrückerischen Anmaßungen wie die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion. Der Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus würde ohne Wirkung bleiben, wenn nicht zugleich gegen seine Helfer und Verbündeten, gegen alle imperialistischen Mächte, gekämpft würde."

DIE ENTWICKLUNG DER EUROPÄISCHEN IDEE

Historisch gesehen, hat Europa - die Wiege des Kapitalismus, des Herrn über das Geschehen in Europa und in der Welt - verschiedene Konzepte der europäischen Idee erlebt, analog den verschiedenen divergenten und konvergenten staatlichen Strukturen des Kontinents. Sie wurden von den führenden Kreisen der Bourgeoisie der verschiedenen Länder hervorgebracht, die die vollständige Herrschaft über den Kontinent anstrebten.

Die Dinge änderten sich, als im 20. Jahrhundert die USA die führende Kraft der kapitalistischen Entwicklung wurden, und besonders, als in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts mit dem Auftauchen einer Reihe unabhängiger Staaten der sogenannten Dritten Welt auf der internationalen Bühne und mit dem Prozeß der kapitalistischen Restauration in den revisionistischen Ländern und der Verwandlung der Sowjetunion in eine imperialistische Supermacht, das Gewicht und die Rolle Europas im Gang der internationalen Ereignisse abzunehmen schien. Eine solche Entwicklung konnte der europäischen Bourgeoisie nicht gefallen, der trotz des Strudels der Ereignisse, die in den ersten sieben Jahrzehnten des Jahrhunderts stattgefunden hatten, und ihren weitreichenden wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen, die Idee eines vereinten, mächtigen Europas immer attraktiv geblieben war. Gemäß dem Kräfteverhältnis in Europa und in der Welt, das niemals fest und dauerhaft sein kann - wie der Marxismus-Leninismus lehrt - und gemäß der inneren Lage der nationalen Bourgeoisien, machte das Projekt des "Vereinigten Europa" einen Prozeß der Evolution durch.

Der Pan-Europäismus hatte seine Blütezeit als politische Richtung in den Zwanziger-Jahren, im Schatten des Vertrags von Locarno* erreicht. Unter den Hauptfiguren befand sich der österreichisch-ungarische Graf Coudenhove-Kalergi,** der im Jahre 1922 an Mussolini appellierte: "Rette Europa!" und einen solchen Appell in der Folge gegenüber Hitler und schließlich gegenüber John Foster Dulles wiederholte. Die Pan-Europäer propagierten die Vereinigung Europas im Namen des Kampfes gegen Bolschewismus und Kommunismus, damals verkörpert durch die Sowjetunion. Charakteristisch ist, daß in der Pan-Europa-Bewegung so wichtige Repräsentanten des europäischen Kapitals mitwirkten wie die Rothschilds in Frankreich und die deutschen Schwerindustrie-Magnaten Vögler, Fegsen und andere.*** Jedermann weiß, wie diese damaligen Bemühungen für ein "Vereinigtes Europa" endeten. Hitler ging daran, diese "europäische Vereinigung" unter der Losung der "Neuordnung Europas" und der Vorherrschaft der "arischen Rasse" durchzuführen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Pan-Europäismus unter dem Einfluß der USA wiederbelebt. Es war die Zeit, als der US-Imperialismus seine eigene große Offensive in der Welt startete und sich Europa unter seinen ersten Zielen befand. Washington förderte die Pan-Europa-Bewegung in der Hoffnung, daß durch sie eine günstige Atmosphäre für die große "Atlantische Gemeinschaft" geschaffen würde. Eines nach dem anderen tauchten die amerikanischen Projekte eines Vereinigten Europa auf (Morgenthau-Plan, Acheson-Plan und andere Pläne), während die Pan-Europäer auf ihre Fahnen schrieben: "Sine America nulla salus!" (Ohne Amerika keine Rettung). Die amerikanischen Absichten fanden schließlich ihren konkreten Ausdruck

---

* Über Locarno siehe Information Seite 6.

** Es ist durchaus nicht nur ein pikantes Detail am Rande, sondern zeigt nicht uninteressante Zusammenhänge auf, daß die Tochter des Grafen Coudenhove-Kalergi, Barbara, heute Redakteurin des Zentralorgans der SPÖ und zugleich Lebensgefährtin Franz Mareks, des früheren Chefideologen der KPÖ und jetzigen Chefs des auf den westlichen Imperialismus orientierten Flügels der österreichischen Revisionisten ist. (Anmerkung der RF-Redaktion).

*** Bekanntlich hat sich auch Otto von Habsburg aktiv in die "Pan-Europa-Bewegung" eingeschaltet. Nach der Zerschlagung des habsburgischen Völkerkerkers kann er nicht aufhören, von einem neuen Völkerkerker zu träumen, in dem seinesgleichen herrschen könnte. (Anmerkung der RF-Redaktion).

im Marshall-Plan und in der NATO als militärischer Keimzelle einer zukünftigen Atlantischen Gemeinschaft. Auf ökonomischem Gebiet förderten die Amerikaner die Bildung der EWG (Europäische Wirtschafts-Gemeinschaft) und der EFTA (Europäische Freihandelszone).

Aber auch diesem "Vereinigten Europa" amerikanischer Prägung war es nicht beschieden, sich wie vorgesehen zu entwickeln. Das Gesetz der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Länder zeigte seine Wirkung und das Kräfteverhältnis in den zwischenkapitalistischen Beziehungen begann sich zugunsten der europäischen Staaten zu ändern. In Frankreich, in der BRD, in England und anderswo begann man, die Pläne für eine große Atlantische Gemeinschaft unter amerikanischer Führung schief anzusehen, und auch gegenüber der pro-atlantischen Pan-Europa-Bewegung kühlte das Interesse ab.

In dieser Zeit kam unter den europäischen Staaten die Parole eines europäischen "Vereinigten Europas" - ohne Teilnahme der USA - auf. Das ist genau jenes Europa, von dem heute gesprochen wird. Wir finden seinen Umriß im sogenannten "kleinen" Europa, das die Mitgliedsländer der EWG umfaßt. Mit dem gegenwärtigen Kern der EWG und mit seiner Ausdehnung will man die Integration aller kapitalistischen Länder Westeuropas zu einer einzigen Union mit gemeinsamer Politik, Wirtschaft und Armee erreichen.

> "Unser Ziel", sagte Willi Brandt, ist eine vernünftig organisierte europäische Regierung, welche die notwendigen Entscheidungen auf dem Gebiet der gemeinsamen Politik treffen kann und deren Tätigkeit unter parlamentarischer Kontrolle steht. Niemand in der Gemeinschaft zweifelt daran, daß so eine Regierung eines Tages kommen wird, und die Mehrheit weiß, daß ein Scheitern schlimme Konsequenzen hätte."

Im Streben danach geht die europäische Großbourgeoisie keineswegs von sentimentalen Gefühlen der kontinentalen Unabhängigkeit aus. Sie ist nicht im mindesten besorgt um die Unabhängigkeit oder um die Souveränität der europäischen Länder, sondern einzig und allein um ihre eigenen Ziele und Ambitionen. Die westeuropäische Monopolbourgeoisie will in Europa herrschen und durch Vereinigung all ihrer Kräfte und Ressourcen sich gegenüber der imperialistischen Bourgeoisie der USA und der sozialimperialistischen Bourgeoisie der Sowjetunion durchsetzen, um ihre hegemonistischen Absichten in der Welt genauso zu verwirklichen wie jene.

Dieser Metamorphose der europäischen Idee entsprechend, können wir sie, wie oben gezeigt, in drei Perioden gliedern, deren jeweiliger Inhalt Antibolschewismus, Atlantizismus und Europäismus war. Zur Zeit befinden wir uns in der dritten Periode.

DIE PARALLELITÄT VON INTEGRATION UND DESINTEGRATION IM KAPITALISMUS

Wird es dieses Vereinigte Europa eines Tages wirklich geben? Die ganze Entwicklung des Kapitalismus fördert den Prozeß der Internationalisierung und Konzentration des Kapitals und der Produktion, was nicht ohne Konsequenzen für die politischen Beziehungen und Strukturen bleiben kann. Integration ist ein Charakteristikum des staatsmonopolistischen Kapitalismus. In Westeuropa haben sich die Integrationsprozesse mehr als anderswo entwickelt und verschiedene ökonomisch-politische zwischenstaatliche Blöcke sind hervorgetreten. Die Erklärung dafür findet man nicht im "Verständnis" oder in der "Empfänglichkeit" der Bourgeoisie der verschiedenen europäischen Länder für die Integration, sondern in einer Anzahl von Ursachen objektiven Charakters. Dazu gehören die Notwendigkeit der Entwicklung der Produktivkräfte, angespornt durch die wissenschaftlich-technische Revolution, die konkreten historischen Umstände und die besonderen Züge des westeuropäischen Kapitalismus, der seine herrschende Position in den Kolonialländern verloren hat; dazu gehört weiters die Beschränktheit der nationalen Märkte und die heftige Konkurrenz der amerikanischen Monopole, die Herausbildung einer mächtigen Allianz zwischen den USA und der Sowjetunion, in deren Plänen Europa als Objekt ihrer Hegemonie betrachtet wird, usw. Somit beruht der Grad des Fortschritts der Integration auf einer Vielzahl von Faktoren.

Auf den ersten Blick zielen die meisten Faktoren in Richtung der Integration, in Richtung eines Vereinigten kapitalistischen Europa. Aber eine andere Gesetzmäßigkeit, die untrennbar mit der kapitalistischen Entwicklung verbunden ist, ist das Auftreten entgegengerichteter Erscheinungen und Tendenzen. Im Kapitalismus bilden Integration und Desintegration eine ständige Parallele, ungeachtet der Tatsache, daß in jeder einzelnen Periode die eine oder die andere Tendenz stärker sein mag.

Die Integration selbst ist eine Form kapitalistischer Konkurrenz. Sie verändert nicht das Wesen und die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise, tatsächlich führt sie zum Anwachsen der Widersprüche in neuer Form und auf neuen Gebieten. Die inneren Widersprüche des Kapitalismus sind auch in supranationalen Organisationsformen der kapitalistischen Produktion unüberwindbar.

So ist in der EWG ein Anwachsen zweier typischer Probleme des Kapitalismus zu beobachten: Nichtauslastung der eigentlichen Produktionskapazität und Zunahme der Arbeitslosigkeit. Die Kapazitätsauslastung der Industrie der EWG fiel von 91 Prozent im Jahre 1960 auf 79 Prozent im Jahre 1965 und auf 78 Prozent im Jahre 1970.*

Nach den Daten der UN-Wirtschaftskommission für Europa sind die Wachstumsraten der Industrieproduktion in Westeuropa von 1969 auf 1970 um 1,5 **

---

* Seither hat die Nichtauslastung der Produktionskapazitäten in den EWG-Ländern gewaltig zugenommen (siehe z. Bsp. die Auto-Industrie!) und haben auch die Arbeitslosenziffern weiter zugenommen. (Anmerkung der RF-Redaktion).

** Auch diese Ziffern sind bekanntlich inzwischen in drastischer Weise überboten worden. (Anmerkung der RF-Redaktion).

Prozent gefallen. Das Heer der Arbeitslosen hat in der EGW zwei Millionen erreicht. Eine der Konsequenzen der Integration ist der Widerspruch zwischen den nationalen Systemen des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihrer supranationalen Form. Die Erfahrungen der EWG mit den andauernden Gegensätzen in Fragen der Landwirtschaft und der Währung, die Beibehaltung so wichtiger Instrumente des staatsmonopolistischen Kapitalismus wie Steuerpolitik, Gesetzgebung, Kontrolle des Kapitalmarktes, Staatssubventionen usw. in den Händen der nationalen Regierungen zeigen, daß auch in der EWG - der höchsten Form kapitalistischer Integration - die Vereinigung schwer zu verwirklichen ist. Selbst unter den optimistischesten Pan-Europäern spricht man nicht von einer monolithischen westeuropäischen Solidarität. Das ist verständlich, denn die Interessen der Monopole jener Länder, die im "kleinen Europa" zusammengeschlossen sind, befinden sich infolge ihres antagonistischen Charakters in dauernder Kollision.

Auch wenn das "große Europa" geschaffen ist, wird die Aufteilung der Profite je nach den Kräfteverhältnissen erfolgen. Und diese ändern sich im Verlauf der ökonomischen und politischen Entwicklung, die eine Macht nach der anderen in den Vordergrund schiebt. Damit sind Zusammenstöße entgegengesetzter Interessen unvermeidliche Erscheinungen jeder kapitalistischen Vereinigung.

Die französisch-westdeutsche Rivalität innerhalb der EWG und außerhalb ist dafür ein beredter Beweis. Sowohl Frankreich als auch die BRD streben die Führung in Europa an, wodurch eine neue Ebene französisch-westdeutscher Widersprüche entstanden ist. Paris unterstützt das Projekt eines Vereinigten Europa auf der Basis der Konföderation, während Bonn eine einheitliche Union wünscht. Die Schaffung eines kapitalistischen Vereinigten Europas ist so kompliziert, daß die verschiedenen Kreise der europäischen Bourgeoisie mehr und mehr ihre Enttäuschung zum Ausdruck bringen. Die westdeutsche Agentur DPA schrieb:

> "Europa hat in den vergangenen 20 Jahren nach politischer Einheit gestrebt, aber bis heute war der Kontinent unfähig, sich auch nur auf einen einheitlichen Typ eines Panzers, U-Boots oder Flugzeugs zu einigen. Jedes Land produziert seine eigenen Waffen, weil jedes seine eigenen Ambitionen hat."

Die Projekte eines "Vereinigten Europa" werden sowohl in den USA als auch in der Sowjetunion mit einigem Mißtrauen beobachtet, zumal die Supermächte sich im Rahmen der sowjetisch-amerikanischen Allianz auf die Teilung Europas geeinigt haben: der Westen soll unter dem Einfluß der Amerikaner, der Osten unter dem der Sowjets stehen. Beide Supermächte schüren auf die eine oder andere Weise die Widersprüche zwischen den europäischen Ländern, spielen ein Land gegen das andere aus und versuchen auch den Pan-Europäismus jeweils gegen die andere Supermacht zu richten. Gleichzeitig haben die USA und die Sowjetunion Westeuropa mehr und mehr von ihren Verhandlungen über internationale Probleme ausgeschlossen, was das westeuropäische Kapital auf Grund seiner Traditionen und Interessen nicht akzeptieren kann.

> "Die schlimmste Sache in Europa ist, daß dieses Europa garnicht existiert und daß es bei den die Welt betreffenden Angelegenheiten nicht in Erscheinung tritt. Alles würde anders sein, wenn Europa als politische Einheit zustandekäme nicht als Satellit der Amerikaner und nicht als Satellit der Sowjets, sondern im Gegenteil, als Partner der einen und auch der anderen."

Diese Worte von Pietro Nenni, des ehemaligen italienischen Außenministers, drücken klar das Ziel der europäischen Bourgeoisie in bezug auf das "Vereinigte Europa" aus, die - schon von Anfang an durch innere Kämpfe und heftige Widersprüche gespalten - danach strebt, in den Rang einer Supermacht aufzusteigen, sodaß auch sie an der Aufteilung der Einflußzonen teilnehmen kann.

Aber schon bevor dieses "Vereinigte Europa" seine ersten unsicheren Schritte getan hat, sind bereits die beiden Supermächte zur Stelle, um dieses Europa, wenn sie es schon nicht ausschalten können, wenigstens zu einem Partner im Sinne eines Protektorates zu machen. Die USA tun so, und proklamieren das sogar, als seien sie der rechtmäßige Erbe der "europäischen Werte". Während Nixon auf der einen Seite das "Vereinigte Europa" als "eines der Zentren der Weltmacht der Zukunft" akzeptiert hat (am 7. Juli 1971), erinnert er auf der anderen Seite seine Alliierten ständig daran, daß "unsere Politik auf eine neue Form der Führung abzielt, und nicht auf einen Verzicht auf die Führungsrolle". Die Gespräche, die der Chef des Weißen Hauses mit einer Anzahl westeuropäischer Staatsoberhäupter führte - in Frankreich, in England, in der BRD und in Italien - müssen im Lichte dieser Politik beurteilt werden. Bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen setzt der US-Imperialismus alles daran, seine Position als unbestrittener Führer des kapitalistischen Lagers wiederzuerlangen, während die sowjetischen Sozialimperialisten ihrerseits als unangefochtene Bosse des revisionistischen Lagers auftreten.

Washington hat einige starke Trümpfe in der Hand, wie etwa die NATO, die amerikanische Militärpräsenz und seine kolossalen Investitionen in den europäischen Ländern. Die Sowjetunion ihrerseits ist gegenüber dem "Vereinigten Europa", das sich bemüht, ins Leben zu treten, auch nicht gleichgültig, sondern macht große Anstrengungen, es in ihre Einflußsphäre hinüberzuziehen. Die rhetorischen Appelle für ein "demokratisches Vereinigtes Europa" und das Schwärmen der sowjetischen Presse von dem gigantischen ökonomischen Potential, das die Sowjetunion und Europa zusammen repräsentieren könnten, decken weitreichende Absichten auf. In diesem Zusammenhang glauben die Kreml-Strategen, ihren archimedischen Hebel in der sogenannten "Konferenz für europäische Sicherheit" gefunden zu haben. Aber während der Sowjetunion und den USA eine Sicherheitskonferenz vorschwebt, die ihre hegemonistische Rolle auf dem Kontinent sanktioniert, betrachten die zukünftigen Mitglieder des "Vereinigten Europa" sie als Bestätigung ihres Heranwachsens zum ebenbürtigen Partner und träumen von einer Konferenz, in der die beiden Supermächte sich zu einem stufenweisen Rückzug aus Europa bereitfinden werden, der europäischen Bourgeoisie solcherart die Herrschaft überlassend. Wie man sieht, sehr verschiedene Standpunkte und offensichtliche Widersprüche.

DAS "VEREINIGTE EUROPA"

UND DAS PROLETARIAT

Mit der wachsenden Ablehnung der imperialistischen sowjetisch-amerikanischen Allianz und ihren Machenschaften durch die Völker spekulierend, versucht die europäische Monopolbourgeoisie diese zu überzeugen, daß ein "Vereinigtes Europa" den Interessen der arbeitenden Massen entspreche. Das ist jedoch überhaupt nicht wahr.

Kapitalistische Integration, unter welchen Vorzeichen sie auch unternommen wird, kann niemals wohltätige Auswirkungen für die Arbeiterklasse haben.

Die europäische kapitalistische Bourgeoisie strebt danach, ihre Kräfte zu vereinigen, um die revolutionäre Bewegung auf dem Kontinent zu unterdrükken, die Ausbeutung der sich rackernden Massen zu intensivieren, ihre Superprofite zu steigern und ihre Konkurrenzposition gegenüber der kapitalistischen US-Bourgeoisie und der revisionistischen Bourgeoisie der Sowjetunion zu stärken!

Der Plan des "Vereinigten Europa" trägt den Stempel und die Klassenmerkmale seiner Erbauer. W.I. Lenin gab zu seiner Zeit auf die Theorien und praktischen Bestrebungen des Kapitals in Richtung auf ein "Vereinigtes Europa" eine vernichtende Antwort:

"Die 'Vereinigten Staaten von Europa' unter den Bedingungen des Kapitalismus sind entweder unmöglich oder reaktionär... Natürlich sind zeitweilige Abkommen zwischen den Kapitalisten und den kapitalistischen Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die 'Vereinigten Staaten von Europa' möglich als Abkommen der europäischen Kapitalisten ... worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken könnte... Auf der heutigen ökonomischen Basis, das heißt, unter kapitalistischen Verhältnissen, würden die 'Vereinigten Staaten von Europa' die Organisierung der Reaktion bedeuten."

So schrieb der Genius der Revolution 1915 in einer treffenden Studie, die auch für heute wertvoll ist.

Die 13-jährige Erfahrung mit dem Gemeinsamen Markt, der von den kapitalistischen Planern als Kern des zukünftigen "Vereinigten Europa" betrachtet und anerkannt wird, ist der beste Anschauungsunterricht darüber, welche Konsequenzen die kapitalistische Integration für die arbeitenden Massen hat. Die mittlere Preissteigerungsrate in den EWG-Ländern beträgt 6 Prozent pro Jahr, die Lebenshaltungskosten nehmen um 5 Prozent pro Jahr zu.* Die Arbeitslosigkeit ist zu einem chronischen Geschwür geworden, das auch die verschiedenen Programme zur sogenannten "Planung" und "Koordinierung der Bewegung auf dem Arbeitsmarkt" innerhalb der EWG nicht heilen können. Die Situation der Bauern, denen die EWG-Landwirtschaftspolitik lautstark als Weg zur Verbesserung ihrer Lage angepriesen wurde, ist teilweise überaus ernst geworden. Im letzten Jahrzehnt sind die Einkommen der Bauern um 10 Prozent gefallen.** Die Preise, welche die Bauern für ihre Erzeugnisse erhalten, haben sich kaum verändert, während sich die Preise der Produkte daraus in den Städten verdoppelt haben. In Belgien z. Bsp. bezahlt der Stadtbewohner für eine Kartoffel das Zehnfache dessen, was der Bauer für sie erhalten hat. Kredite und Subventionen von den EWG-Institutionen werden nur an die großkapitalistischen landwirtschaftlichen Unternehmungen vergeben, die weniger als 5 Prozent der Landwirtschaften in der EWG ausmachen. Das sind nur einige der Konsequenzen im sogenannten "kleinen" Vereinigten Europa für die arbeitenden Massen. Ohne Zweifel werden sie in einem großen "Vereinigten Europa" einen noch höheren Preis an wirtschaftlichen, sozialen und politischen Opfern bezahlen müssen.

Im Weltmaßstab kann die Rolle des "Vereinigten Europa" keine andere sein als eine imperialistische und konterrevolutionäre, deren Folgen die europäischen Völker tragen müßten - so wie das amerikanische Volk die Folgen der wahnsinnigen Aggressionspolitik des Weißen Hauses tragen muß. In dem Buch "Die Zukunft Europas, die Entscheidung Europas", herausgegeben vom "Institute of Strategic Research" in London, das sich mit Modellen und Zielvorstellungen der europäischen Einheit beschäftigt, wird unterstrichen, daß eine Föderation vom Typ der "Vereinigten Staaten von Europa" "in einigen Regionen der Welt die Verantwortung für die Sicherheit tragen und zusammen mit den USA Law and Order (Gesetz und Ordnung) aufrechterhalten" wird müssen.

Die Losungen und Projekte des Vereinigten Europa sind reaktionär und bringen der Arbeiterklasse und den werktätigen Massen Europas keinerlei Vorteile. Das Proletariat kann seine Zukunft niemals in einer Interessengemeinschaft mit der kapitalistischen Bourgeoisie sehen. Und das "Vereinigte Europa" würde das Europa der Industriellen und Bankiers sein, das Europa des Kapitals gegen die Revolution und gegen das Proletariat. Es ist keine positive Alternative, wie es die bürgerlichen und revisionistischen Cliquen in Westeuropa darzustellen versuchen. Auf der Linie ihrer Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie haben auch die Revisionisten dieses Schlagwort aufgegriffen und plappern jetzt von einem "Vereinigten Europa in Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit". Die europäische Arbeiterklasse aber weist diese Bestrebungen mit Verachtung zurück. Sie erblickt die positive Alternative für ihre Zukunft in der Revolution und im Sozialismus, in der Zerstörung des Systems der kapitalistischen und imperialistischen Unterdrückung.

★

* Bekanntlich hat sich das Tempo der Inflation inzwischen verdoppelt bis verdreifacht. (Anmerkung der RF-Redaktion).

** Diese - inzwischen ebenfalls überbotene - Globalzahl sagt natürlich relativ wenig über die effektive Verschlechterung der Lage der kleinen und unteren Mittelbauern aus, von denen Hunderttausende richtiggehend "gelegt", ruiniert und liquidiert wurden oder ihre Existenz nur noch um den Preis pausenloser Plackerei, Raubbau an der eigenen Gesundheit und an jener der Familie, systematischer Kinderarbeit, Verzicht auf Krankenstand und Erholung selbst bei ernsten Erkrankungen, Ansteigen der Unfallzahlen, Hinuntersinkens in körperlichen und geistigen Pauperismus usw. fristen können. (Anmerkung der RF-Redaktion).

DER DEUTSCHE IMPERIALISMUS — EINE REALE BEDROHUNG EUROPAS.

»ZËRI I POPULLIT«, Organ des ZK der PAA.

Der westdeutsche Imperialismus tritt auf der internationalen Arena immer mehr als expansionistische Macht auf, die immer noch die alten hegemonistischen Anmassungen in Europa hegt und von einer Rolle bzw. Mission von weltweiter Bedeutung träumt. Die Tatsachen beweisen dies deutlich.

Gegenwärtig beteiligen sich fast alle wichtigsten westdeutschen Konsortien an der Rüstungsproduktion. Seit 1963 führten sie 70 Prozent aller Aufträge der Bundeswehr aus. Wie die westdeutsche Zeitung »Die Welt« berichtet, wird sich die Gesamtsumme dieser Aufträge für die Jahre 1974-1978 auf etwa 50 Milliarden Mark belaufen. Die Deutsche Bundesrepublik ist heute die zweitstärkste Militärmacht in der NATO und die stärkste in Westeuropa. Nach offiziellen westdeutschen Angaben, gibt der westdeutsche Imperialismus heute für Kriegszwecke täglich an die 76,5 Millionen Mark aus oder 3,2 Millionen pro Stunde.

Der westdeutsche Imperialismus betrachtet, ebenso wie der amerikanische, die NATO als ein Mittel, seine hegemonistischen Pläne auf dem Kontinent, seine bisher nichtrealisierten Pläne möglich zu machen. Vorläufig akzeptiert man in Bonn die amerikanische Hegemonie noch; man dient ihr, wenn auch die Forderungen nach einem Anteil immer lauter werden. Diese Haltung hängt natürlich von der jeweils gegebenen Situation ab. Bonn muss sie unter anderem auch deshalb einnehmen, um die anderen westeuropäischen Partner übertrumpfen zu können, die die gleichen Ambitionen hegen. Da England und Frankreich auf nuklearem Gebiet stärker sind, rivalisiert Bonn mit ihnen um diese Überlegenheit zu neutralisieren. In der Maske friedlicher Absichten, setzt der westdeutsche Imperialismus inzwischen Atomexperimente fort. Dazu verwendet er auch sowjetisches Uran. Man darf nicht vergessen, dass die Bundeswehr für einen totalen Atomkrieg ausgebildet wird. Sie hat heute einen Bestand von 500.000 Mann. In Bonn mangelt es jedoch nicht an offiziellen Erklärungen, man könne alles was gehen und stehen kann mobilisieren. In der westdeutschen Hauptstadt begleiten die Revancheglocken stets das Rasseln der Kriegsvorbereitungen.

Neben dem Militarismus, ist der Revanchismus einer der Grundsteine auf den der westdeutsche Imperialismus seit seinem Bestehen seine abenteuerliche Politik aufgebaut hat. So ist es auch heute noch. Die Sowjetrevisionisten versuchen die Tatsachen zu beschönigen, sie zu ignorieren. Es soll bewiesen werden, dass mit den Verträgen, die sie und die anderen Revisionistencliquen mit Bonn unterzeichneten, eine neue Seite in der Geschichte der europäischen Völker und für die Geschicke des Kontinents aufgeschlagen wurde. »Die von Kanzler Brandt geleitete Regierung – schreibt 'Novaja i novjejshaja istorija' (Neue und neuste Geschichte) – hat auf einige von der Zeit überholte politische Lehren verzichtet, die aus der Deutschen Bundesrepublik einen Herd des Revanchismus und der Spannungen in Europa gemacht hatten«. Die von den Revisionisten verbreiteten Illusionen und Entstellungen sind jedoch nicht imstande, die Wirklichkeit zu verschleiern. Wenn die Sowjetrevisionisten jedoch den deutschen Imperialismus in Schutz nehmen, entlarven sie und die anderen Revisionisten nur sich selbst als Verbündete der dunkelsten Kräfte der Reaktion in Europa und auf der Welt, als Miturheber der Komplotte gegen die Völker. Die Erklärungen der Spitzenführer des deutschen Imperialismus zeigen, dass seine politische Linie, mit oder ohne Verträge, unverändert bleibt. Die Verträge haben dieser Linie sogar genützt. Die sowjetischen Führer selbst haben erklärt, die Verträge hätten den politischen Kredit Bonns gesteigert, seine Stellungen gefestigt. Im Zusammenhang mit der Bedeutung der Ostverträge, schrieb kürzlich die sowjetische Zeitung »Iswestija«, diese Verträge hätten Bonn geholfen »eine elastischere und wirksamere Politik durchzusetzen«. Daraus, so »Iswestija« ferner, ziehe vor allem Westdeutschland einen Nutzen. Die Sowjetrevisionisten erwiesen sich also den Wünschen des westdeutschen Imperialismus nach einer kontinentalen Rolle bzw. einer »Mission« oder »Verantwortung« von weltweiter Bedeutung entgegenkommend. Dies führt zwingend zu einem günstigen Klima für die zunehmenden Ansprüche des deutschen Imperialismus. Es sei hier auch auf den immer aktiveren Charakter der Revanchistenkundgebungen in Westdeutschland hingewiesen, die mit den immer offener werdenden Ansprüchen des deutschen Imperialismus auf eine vorherrschende Rolle im Kontinent ja sogar auf eine weltweite Verantwortung, wie Brandt, Scheel und Kumpane erklären, einhergehen.

Aus westdeutschen Quellen ist ersichtlich, dass die Bonner Regierungsvertreter wie schon bisher auch für das laufende Jahr grosse Summen für Revanchistenorganisationen bereitgestellt haben. In den Jahren der Brandt-Regierung konnte die Revanchistenpropaganda in der Deutschen Bundesrepublik verstärkt werden. Landkarten von Deutschland mit den Reichsgrenzen von 1937 werden in allen Buchhandlungen des Landes vertrieben. Es fehlt auch nicht an Ausstellungen mit Erinnerungen an die Nazigrössen sowie an nostalgischen Filmen über die Zeit der Hitlerherrschaft.

Die Tatsachen zeigen, dass der deutsche Imperialismus unverändert seine vorausbestimmten Ziele anstrebt, im Lande einen Geist der Revanche zu züchten und aufrechtzuerhalten. Man sieht klar, welch aktive Rolle die deutschen Sozialdemokraten bei der Erreichung dieser Ziele spielen. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, dass in Westdeutschland, offiziellen Angaben zufolge, im April 1971 66 ultrarechte neonazistische und revanchistische Organisationen gezählt werden konnten. Zwei Monate später kamen weitere 42 hinzu, sodass es nun bereits 108 sind. Nach offiziellen Berichten vom Juni vorigen Jahres, waren es sogar 129. Tatsache ist, dass es in Westdeutschland viele solche Organisationen gibt, wie die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), die »Aktion Oder-Neisse«, »Witiko-Bund«, Deutsche Volksunion, Aktion Widerstand, Deutsche Sozialaktion, Europäische Befreiungsfront und andere.

Insbesondere sorgte der deutsche Imperialismus dafür, dass der Polizeiapparat und das bürgerliche Rechtswesen in Westdeutschland faschisiert wurden. Das Personal des Bundesverfassungsschutzes und der Polizei, die gegen fortschrittliche und revolutionäre Demonstranten, gegen streikende Arbeiter eingesetzt werden, wurde im vorigen Jahr verdoppelt. Im vorigen Jahr wurden die für den Bundesverfassungsschutz bereitgestellten Mittel um weitere 142 Millionen Mark erhöht, so dass sie sich auf 785 Millionen Mark belaufen.

Der mit Hilfe des amerikanischen Imperialismus wiederbelebte und als politische Grossmacht auf der internationalen Arena mit Hilfe der sowjetischen Sozialimperialisten rehabilitierte deutsche Imperialismus hat, wie die Tatsachen zeigen, auf seine alten Ansprüche nicht verzichtet. Er bereitet sich militärisch und politisch, nach innen und nach aussen, durch Meinungsmache und andere Mittel vor. Er hat aus der Geschichte nichts gelernt und stellt heute wieder eine reale Gefahr auf unserem Kontinent dar.

Alle reaktionären Kräfte, die dem Untergang nahe sind, wehren sich jedoch stets verzweifelt bis zum äußersten. Unweigerlich nehmen sie ihre Zuflucht zu militärischen Abenteuern und politischen Täuschungen jeder Art, um sich vor dem Untergang zu retten.

MAO TSE-TUNG

AB NUMMER 1/1974 (JÄNNER-FEBRUAR) JETZT IN GENÜGENDER MENGE VORRÄTIG UND LIEFERBAR :

Albanien heute

POLITISCH-INFORMATIVE ZEITSCHRIFT DES MARXISMUS-LENINISMUS



ERSCHEINT IN TIRANA ZWEIMONATLICH IN FÜNF SPRACHEN

(Seit Dezember 1971 in englisch, französisch und spanisch; seit Jänner 1973 auch in italienisch und deutsch)

BEHANDELT IN GRUNDSÄTZLICHER WEISE FRAGEN DES SOZIALISTISCHEN AUFBAUS IN ALBANIEN, PROBLEME DES INTERNATIONALEN KLASSENKAMPFES SOWIE AKTUELLE INTERNATIONALE EREIGNISSE

Leider reichte die deutschsprachige Auflage der Zeitschrift bis Ende 1973 nicht aus, um allen Bezugs- und Abonnementswünschen entsprechen zu können. Ab der Nummer 1/1974 steht uns nun aber ein ausreichendes Kontingent zur Verfügung! (Schon an uns bezahlte, jedoch wegen Anlieferschwierigkeiten nicht ausgeführte Abonnements beginnen erst ab Nr. 1/1974 zu laufen. Ältere Nummern in deutscher, englischer und französischer Sprache können teilweise noch in Einzelexemplaren beschafft werden.)

Die Einzelnummer der jeweils 48 bis 72 Seiten umfassenden, sehr ansprechend gestalteten und zeitweise durch Sonderbeilagen bereicherten Zeitschrift kostet bei Postzustellung einschließlich Porto S 10,- (DM 2,-), in der Kolportage S 8,-. Das Jahresabonnement (6 fortlaufende Nummern) kostet S 58,- im Inlandsversand, DM 11,- im Auslandsversand.

Probenummern sind gegen Voreinsendung von Briefmarken im Wert von S 5,- (DM 1,-) erhältlich.

BESTELLUNGEN ERBETEN AN VERLAG "ROTE FAHNE" ODER AN :

Zentraler Literaturdienst

1151 WIEN Postfach 82

Aus Nr. 1/1974:

ALBANIEN - LAND EINER NEUEN WIRKLICHKEIT UND DES NEUEN MENSCHEN

PREISENTWICKLUNG UND PREISPOLITIK IN ALBANIEN

MODERNE LANDWIRTSCHAFT UND ERWEITERTE SOZIALISTISCHE REPRODUKTION

DER SOZIALISTISCHE REALISMUS

IDEEN UND WERK LENINS SIND UNSTERBLICH!

Aus Nr. 2/1974:

ENVER HODSCHA AN DIE EHEMALIGEN PARTISANEN

VOM BAU DER JUGEND-EISENBAHN

DIE SCHULE IM DIENST DES SOZIALISMUS UND DER REVOLUTION

DAS WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGSTEMPO ALBANIENS

GEWISSENSFREIHEIT

DIE REVISIONISTISCH-SOZIALDEMOKRATISCHE KONTERREVOLUTIONÄRE ALLIANZ

DAS WAHRE WESEN DES ABSURDEN THEATERS

VOM REVISIONISMUS ZUM SOZIALIMPERIALISMUS

Rote Fahne ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS (MLPÖ)

Eigentümer: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ) Herausgeber und Verleger: Franz Strobl. Für den Inhalt und den Druck verantwortlich: Peter Tesinsky. Alle: 1150 Wien, Goldschlagstraße 64/5. Keine Inseratenannahme. Zuschriften und Bestellungen von Abonnements oder Probenummern erbeten an die Redaktion (Adresse wie oben, Telefon 92 33 88). Jahresabonnement (12 Nummern) S 50,-; Halbjahresabonnement (6 Nummern) S 30,-. Auslandsabonnement ö.S. 73,- oder DM 10,-. Verteiler-Rabatte lt. Anfrage. Postscheckkonto 173 848 1.



